

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bildungsausschuss
Sitzung Nummer	13/2021-2026
Datum	21.03.2023
Sitzungsbeginn	16:30
Sitzungsende	18:25
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

TeilnehmendeVorsitz:

Lefèvre, Christa

Anwesend:

Berns, Wolfgang vertritt Herr Dr. Matthias Büger

Brockhoff, Sebastian

Ahrens-Dietz, Heike

Böcher, Jan Moritz

Braun, Carsten

Breustedt, Michelle

Engel, Jürgen

Green, Emely

Hundertmark, Michael

Müller, Armin

Scholl, Stefan

Sitte, Kevin

Wagner, Willi

Landrat:

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter:

Esch, Roland

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-:

Prof. Dr. Danne, Harald

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter:

Bangert, Armin
Döpp, Ronald
Hardt-El Ansari, Kerstin
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Niggemann, Klaus

Ältestenrat:

Dworschak, Reiner
Fuchs, Hans-Werner
Irmer, Hans-Jürgen
Klement, Martina
Mulch, Lothar
Petersen, Nicole
Zborschil, Tim

Schriftführer:

Nitsch, Stefan

Von der Verwaltung waren anwesend:

Weber, Kerstin
Vetter, Simone
Funk, Lisa Marie

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen im Lahn-Dill-Kreis vom 7. Februar 2011, zuletzt geändert am 22. Februar 2021
(VL-30/2023)

TOP 2.

Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Die 13. Sitzung des Bildungsausschusses findet in der Kreisverwaltung Wetzlar unter großer Besucherzahl statt. Vorsitzende Christa Lefèvre eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zum Protokoll vom 31.01.2023 sowie zur vorgesehenen Tagesordnung (TO) gibt es keine Änderungen oder Ergänzungen. Vorsitzende Christa Lefèvre leitet zu TOP 1 über und bittet Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Esch zu berichten.

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 1.

Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen im Lahn-Dill-Kreis vom 7. Februar 2011, zuletzt geändert am 22. Februar 2021
VL-30/2023

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt dar, dass er den Anwesenden einen kleinen Überblick über den TOP und die erfolgten Vorbereitungen geben wolle. Folgendes sei in Stichworten gegeben:

- es gibt fünf berufliche Schulen im Lahn-Dill-Kreis (2 in Dillenburg u. 3 in Wetzlar)
- das Hessische Kultusministerium habe ein Projekt „zukunftsfähige Berufsschule“ initiiert
- seit dem Jahre 2020 gebe es einen aktuell gültigen Schulentwicklungsplan (SEP) für die beruflichen Schulen, der vom Hessischen Kultusministerium mit folgenden Auflagen genehmigt worden sei und fünf Jahre lange fortgelte
 - an verschiedenen Standorten seien keine auskömmlichen Schülerzahlen vorhanden
 - es sei hier notwendig tätig zu werden und Lösungen zu finden

Unter anderem sei auch das Staatliche Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg (SSA) neben anderen Akteuren an dem Projekt beteiligt. Bereits 2022 habe man sich die Schülerzahlen angeschaut und ermittelt wo diese auskömmlich seien und wo nicht. Im Rahmen des Landesprogrammes, welches aufgrund der Corona-Pandemie bereits schon einmal um ein Jahr verlängert worden sei, sei eine Kategorisierung in Anlehnung an den Fußball in „gelbe und rote Karten“ erfolgt. Für alle Berufszweige seien Mindestklassengrößen seitens des Landes für die verschiedenen Jahrgangsstufen definiert worden, die erreicht werden müssen. Sofern man in einem einzelnen Jahr diese Grenze nicht erreicht, erhalte man eine „gelbe Karte“. Sollte die

Mindestschüler/innen-Zahl zweimal hintereinander nicht erreicht werde, wird eine „rote Karte“ erteilt und man darf diesen Beruf nicht mehr aufnehmen.

Die Berufsschulstandorte konzentrieren sich auf die Städte Wetzlar und Dillenburg, wodurch sich in manchen Ausbildungsberufen Überschneidungen ergeben. Ziel des Lahn-Dill-Kreises als Schulträgers sei es für die Ausbildungsberufe möglichst zwei, aber mindestens einen Schulstandort im Lahn-Dill-Kreis zu sichern. Um Mindestgrößen (z. B. 12 Schüler/innen im 1. Lehrjahr) zu erreichen, sei es daher erforderlich einzelne Ausbildungsberufe auf einen Schulstandort im Kreis zu konzentrieren.

Insgesamt sei bekannt, wo es prekäre Ausgangslagen gebe und man habe zusammen mit dem SSA und den betroffenen Schulleitungen Vorschläge für eine Bündelung entwickelt. Eine mögliche Umsetzung bedarf keiner Änderung des SEP, sondern ausschließlich der Schulbezirkssatzung. Die Schulleitungen haben sich bilateral abgestimmt. Am 10.10.2022 sei die Abstimmungsfrist abgelaufen und bis zum vorgenannten Datum seien

- die Schulleitungen der betroffenen Schulen (alle heute anwesend) sowie
 - Herr Riedesel, Kaufmännische Schulen Dillenburg
 - Herr Dormagen, Gewerbliche Schulen Dillenburg
 - Frau Benner, Theodor-Heuss-Schule Wetzlar
 - Frau Lehr, Käthe-Kollwitz-Schule Wetzlar
 - Herr Diehl, Werner-von-Siemens-Schule Wetzlar
- Frau Rhode, SSA

im Rahmen von Abstimmungsgesprächen beteiligt worden. Am 19.12.2022 wurden die Schulen erneut schriftlich im Rahmen eines formellen Verwaltungsverfahrens um ihre offizielle Stellungnahme ersucht. Dies sei notwendig, da die Abstimmung mit den Schulkonferenzen aller Schulen erforderlich ist. Die Anhörungsfrist wurde bis zum 13.02.2023 terminiert.

Neben dem Kontakt mit den betroffenen Schulleitungen wurde auch der Kontakt mit der IHK Lahn-Dill, Herrn Dr. Hackenberg, gesucht (nimmt an der heutigen Sitzung teil). Ferner fand eine Veranstaltung zum Thema mit der Kreishandwerkerschaft, Herrn Hoffmanns, statt, der ebenfalls an der heutigen Sitzung teilnehmen möchte, sich allerdings verspäten wird.

Die IHK und die Kreishandwerkerschaft haben sich zu den Planungen eingelassen und die Kreishandwerkerschaft habe signalisiert, dass die Vorschläge gut und richtig seien. Die IHK habe insbesondere zu dem Beruf des Zerspanungsmechanikers am Standort in Dillenburg Stellung bezogen und einen Verfahrensvorschlag gemacht, der von den übrigen Vorschlägen abweiche.

Nach Ablauf der Anhörungsfrist (13.02.2023) habe am 14.02.2023 zusammen mit den betroffenen Schulleitungen und dem SSA ein gemeinsames Gespräch stattgefunden in dem Einvernehmen zum Verfahren hergestellt wurde. Schließlich sei am 15.02.2023 im Kreisausschuss (KA) eine Beratung erfolgt, die den heute vorliegenden Beschluss der geänderten Satzung empfehle.

Man habe sich darauf verständigt, den betroffenen Schulleitungen im Rahmen der heutigen Sitzung die Möglichkeit zu den Darlegungen der Positionen zu ermöglichen. Der Beschlussvorschlag stelle die Ausgangslage für einen Empfehlungsbeschluss dar. Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch leitet sodann an Frau Rhode vom SSA über.

Frau Rhode (Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg) bedankt sich für die Erteilung des Rederechts und bestätigt die gemachten Ausführungen zur Zusammenarbeit am Thema. Sie macht deutlich, dass der bestehende SEP den Rahmen bilde und alle fünf Jahre fortgeschrieben werden müsse.

Seinerzeit seien mit der Genehmigung Auflagen verbunden gewesen, da sich zu diesem Zeitpunkt schon abzeichnete, dass nicht an allen Standorten in allen Berufen auskömmliche Schüler/innen-Zahlen erreicht werden können.

Die Aufgabe des SSA im Rahmen des Projektes bestand darin, den Prozess zu moderieren und diesen anzuleiten. Die Abstimmung zur Abgabe und Aufnahme von Berufen musste bzw. müsse jedoch durch die betroffenen Schulen selbst geleistet werden. Die Vereinbarungen und Absprachen haben bilateral zwischen den Schulen stattgefunden.

Bereits 2024 sollen seitens des Hessischen Kultusministeriums (HKM) die verbindlichen Standorte festgelegt werden. Ursprünglich sei kommuniziert worden, dass dies erst 2026 der Fall ist, was so nicht korrekt sei. Nach Aussage des HKMs seien die hessischen Landkreise bereits soweit auf dem Weg, sodass diese Standort-Festlegung nun bereits Ende '23, spätestens im Frühjahr '24, bekanntgegeben werden könne (Konzentration von Standorten und Fachklassen aufgrund nicht auskömmlicher Schüler/innen-Zahlen).

Im Landkreis Limburg-Weilburg sei die berufsschulische Ausbildung bereits seit längerer Zeit monostrukturiert, d. h. Berufsschulunterricht wird für einen Ausbildungsberuf ausschließlich an einem Standort im Kreisgebiet angeboten. Eine entsprechende Standortkonzentration sei nun hier auch angestoßen worden, um zumindest einen Standort für den Beruf im Landkreis zu erhalten und eine Abwanderung in andere Landkreise oder gar in Landesfachklassen zu verhindern. Ziel der geführten Verhandlungen sei es, den Lahn-Dill-Kreis zu stärken.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt dar, dass man im weiteren Prozess versucht habe von Verwaltungsseite aus größtmögliche Transparenz herzustellen. So habe man an alle Kreistagsabgeordnete, die Mitglieder des Kreisausschusses sowie an alle Bürgermeister/innen alle Unterlagen gesandt, um diese für die notwendigen Beratungen ausreichend und umfassend zu informieren. Ziel sei es eine gemeinsame Beschlussfassung zu erreichen. Nach Abstimmung mit der Vorsitzenden wird nun den Schulleitungen die Möglichkeit zur Stellungnahme im Ausschuss eröffnet.

Frau Benner (Theodor-Heuss-Schule Wetzlar) dankt für die Einladung und informiert, dass Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch und Frau Rhode in ihren Darstellungen den bisherigen Prozess sehr gut erläutert haben. Die Schulleitungen haben sich die existierenden Rahmenbedingungen nicht ausgesucht, die nun Standortsicherungskonzepte erforderlich machten. Die Rahmenbedingungen schaffen aufgrund politischer Entscheidungen, wie der Name schon sage, den Rahmen in dem sich die Schulleitungen bewegen müssen und können.

Seitens der Schulleitungen sei zusammen mit dem SSA und dem Schulträger versucht worden faire und gerechte Lösungen hinzubekommen. Für eine Lösung müssen Kompromisse vereinbart werden, die aus einem Geben und Nehmen bestehen. Insgesamt seien wohl bereits 22 Berufe im Rahmen des SEP auf einen Standort konzentriert worden, was deutlich mache das hier eine Verständigung erfolgt sei. Insgesamt gebe es weder Gewinner noch Verlierer. Es handle sich aus ihrer Sicht um Aushandlungsprozesse, die notwendig seien. Insgesamt habe sie Verständnis für die Betroffenheit, bittet aber die Emotionalität zurückzunehmen. Es sei klar, dass niemand gerne schwierige Entscheidungen treffe, aber es sei sehr viel Zeit und Energie aufgebracht worden, um interne Verständigungen herbeizuführen.

Währenddessen seien andere Schulträger schon weiter und haben sich hier bereits landkreisübergreifend abgestimmt. Nun dürfen keine Entscheidungen mehr aufgeschoben werden, es müsse sich vielmehr in der Folge darauf konzentriert werden, wie die Berufe, die trotz nur eines Standortes weiterhin nicht auskömmlich seien, durch Gespräche mit den umliegenden Schulträgern hier in der Region gehalten werden können, um den Lahn-Dill-Kreis zu stärken. Ziel sei es sachorientiert nach vorne zu schauen.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt, dar dass die Theodor-Heuss-Schule Wetzlar zukünftig ausschließlich die Bankkaufleute in Wetzlar beschulen solle. Er informiert, dass es im Kreis Bankinstitute gebe, die ihre Auszubildenden an Berufsschulen außerhalb des Kreisgebietes beschulen, was die Situation nicht vereinfache. Die Gewerblichen Schulen haben zum einen die Einschätzung des Schulleiters und zum anderen nachgeschoben eine Einschätzung einer Konferenz, die vom Ergebnis differiert vorgelegt. In einem abschließenden Gespräch sei dann festgestellt worden, dass doch eine einheitliche Meinungsbildung bestehe. Konkret soll künftig an den Gewerblichen Schulen

- das Gastgewerbe,
- die Systemgastronomie,
- die Hotelfachleute sowie
- die Köche

(der gesamte DEHOGA-Bereich) beschult werden.

Im Gegenzug sollen die

- die Frisöre sowie
- die Zerspanungsmechaniker

an anderen Standort im Kreisgebiet beschult werden. Es wird zum Schulleiter der Gewerblichen Schulen Dillenburg, Herr Dormagen, übergeleitet.

Herr Dormagen (Gewerbliche Schulen Dillenburg) bedankt sich für die Einladung und verweist auf die Ausführungen seiner Vorredner/innen. Er komme selbst aus dem Landkreis Limburg-Weilburg und ihm sei die dortige Schulsituation bekannt. Dort habe bereits vor Jahren eine Konzentration auf einen Standort pro Beruf im Kreisgebiet stattgefunden. Aus seiner Sicht bestehe hier im Kreis akuter Handlungsbedarf, da die Nachbarkreise in ihrer Entscheidungsfindung und Umsetzung schon weiter seien. Diesem Handlungsbedarf sollte Rechnung getragen werden und die Fakten wurden sauber und gewissenhaft abgewogen. Die Entscheidung spiegelt sich in den bekannten Vorlagen wieder. Ziel sei es, dass die benannten Berufe zumindest an einem Standort für den Lahn-Dill-Kreis erhalten bleiben und hier keine Abwanderung stattfindet. Er hoffe, dass die Entscheidungen noch rechtzeitig getroffen werden. Nach seiner Auffassung sollen die vorhandenen Berufe stabilisiert werden und es mache durchaus Sinn so zu handeln, wie dies vorgeschlagen sei, um die Berufe, wie bereits dargestellt, für den Lahn-Dill-Kreis zu erhalten. Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch leitet sodann an Frau Lehr über.

Frau Lehr (Käthe-Kollwitz-Schule Wetzlar) schließt sich Großteils den Vorredner/inne an. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass es allen Schulleitungen nicht leicht gefallen sei bestimmte Berufe abzugeben und dafür andere aufzunehmen. Es sei sehr wohl bekannt, dass alle Kollegen/innen in den Berufsbereichen „an diesen hängen“ und es sehr weh tue, wenn man einzelne Berufe abgeben müsse. Dennoch müsse es insgesamt fair und gerecht zugehen und es müsse sinnvoll gebündelt werden. Insgesamt sei gemeinsam ein gutes Konstrukt gefunden worden und es sei der gemeinsame Wunsch, dass dies auch als gemeinsame Lösung verstanden werde. Man versuche den Lahn-Dill-Kreis in Gänze zu stärken.

Langjähriges Engagement aufzugeben tue weh, aber Gerechtigkeit und Fairness müsse im Vordergrund stehen. Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch leitet sodann zu Herrn Diehl über.

Herr Diehl (Werner-von-Siemens-Schule Wetzlar) dankt ebenfalls einleitend für die Möglichkeit seine Position darzustellen und bestätigt die Ausführungen der Vorredner/innen.

Erstmalig sei in einem aufwändig gestalteten Verfahren, welches schon unter dem ehemaligen Schuldezernenten Schreiber begonnen worden sei, zielgerichtet eine Abstimmung nach räumlichen und sächlichen Fragen erfolgt, die zu den dargestellten Entscheidungsvorschlägen geführt haben. Herr Diehl weist darauf hin, dass ein Verzicht auf Handlung spätere Wettbewerbsnachteile nach sich ziehen können und künftig Schulentwicklungsprozesse möglicherweise zentralisiert angeordnet würde. Es sei immer zu favorisieren sich transparente Gedanken zu machen, diese abzuwägen und dann einen Vorschlag zu unterbreiten. Er betone, dass bewusst in die Präsentationen aufgenommen worden sei, dass auch schon seit 2015 Berufe abgegeben oder aufgenommen wurden oder die Einrichtung einer Landesfachklasse an den Gewerblichen Schulen Dillenburg erfolgt sei. Herr Diehl bittet den Ausschuss die Vorlage nicht partizipativ zu begreifen, sondern als Ganzes zu betrachten. Die Entscheidungsgrundlage sei für alle Berufe gleich und er bitte der Vorlage zuzustimmen. Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch leitet sodann zu Herrn Riedesel über.

Herr Riedesel (Kaufmännische Schulen Dillenburg) dankt für das Rederecht und schließt sich ebenfalls den bisherigen Ausführungen an. Es sei aus seiner Sicht wichtig jetzt zu fundierten Entscheidungen zu kommen, da die Zeit dränge. Seine Schule gebe ausschließlich Berufe ab und erhalte zunächst nichts. Es seien zunächst die IT-Berufe abgegeben worden und nun stehe die Abgabe der Bankberufe bevor, dennoch habe er den gesamten Kreis und die Entwicklung im Blick.

Insgesamt müsse es das Ziel sein so viel Ausbildungsberufe wie möglich zumindest an einem Standort im Kreis zu erhalten. Ihm seien derartige Prozesse auch aus seinem persönlichen Werdegang aus Sicht des Staatlichen Schulamtes bekannt und auch damals seien diese umgesetzt worden und es gelte Entscheidungen zu treffen, die das Ganze im Blick haben. Es sei wichtig nun zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen, um sich auch gegenüber den Nachbarlandkreisen gut aufzustellen.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch dankt für die bisherigen Ausführungen und berichtet von der Beteiligung der IHK und bittet Herrn Dr. Hackenberg seine Position gegenüber dem Ausschuss darzulegen.

Herr Dr. Hackenberg (IHK Lahn-Dill) dankt dafür, dass er die Sichtweise der IHK Lahn-Dill persönlich darlegen kann. Ihn freue es, dass das Thema berufliche Bildung ein großes Interesse findet. Ziel sei es die Region zu stärken und mit Blick auf die Fortentwicklung des SEP sich auch mit den Nachbarkreisen ins Benehmen zu setzen. Konkret sehe die IHK zwei Punkte mit Optimierungsmöglichkeiten. Zum einen seien bei der Ausbildung der Bankkaufleute die Verträge geschlossen und es sei eine Herausforderung Ausbildungsverträge zu ändern, wenn der Berufsschulstandort wechsele. Hier wünsche man sich eine Verschiebung vom 01.08.2023 in die Zukunft.

Ferner habe man von den Betrieben die Rückmeldung erhalten, dass man im Bereich der Zerspanungsmechaniker plane deutlich mehr Ausbildungsplätze anbieten zu wollen (Standort Dillenburg). Die ausbildenden Betriebe und die IHK Lahn-Dill würden es begrüßen, wenn hier der Schulstandort Dillenburg erhalten werden könne. Gerade durch die Pandemie habe es hier starke Rückgänge und Ausfälle gegeben. Es sei zu erwarten, dass man für die Gesamtregion die Zahlen stabilisieren und stärken könne. Die berufliche Bildung sei wichtig und die jungen Menschen werden dringend in der Region benötigt.

Erster Kreisbeigeordneter Esch dankt Herrn Dr. Hackenberg und fragt, ob Frau Will von der Kreishandwerkerschaft in Vertretung für Herrn Hoffmanns ausführen wolle – diese verneint. Die Kreishandwerkerschaft habe schon vor dem 10.10.2022 die Beteiligten zu einem Termin eingeladen und hier dringend um ein Tätigwerden gebeten, da der Prozess bereits in ganz Hessen laufe und auch die Innungen involviert seien. Herr Hoffmanns habe dringend gebeten, hier tätig zu werden. Neben der kreisinternen Verschiebung seien ja auch landkreisübergreifenden Entscheidungen zu treffen. So fände bereits am morgigen Tage eine Videokonferenz mit den Nachbarkreisen und den betroffenen Schulleitungen sowie dem SSA statt. Es werde versucht Lösungen zu finden.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch bittet Herrn Riedesel nochmal zu der Abgabe der Bankberufe und Herr Dormagen zur Abgabe der Zerspanungsmechaniker zusammen mit Herrn Diehl auszuführen.

Herr Riedesel (Kaufmännische Schulen Dillenburg) stellt dar, dass der Prozess der Zusammenlegung niemanden leichtfalle. So sei es auch an seiner Schule im Bereich der Bankkaufleute, die dort eine lange Tradition haben, nicht leichtgefallen, diese abzugeben, allerdings sprechen die Zahlen eine andere Sprache. Die berufsschulische Ausbildung der Bankkaufleute an den Kaufmännischen Schulen Dillenburg und der Theodor-Heuss-Schule Wetzlar erfolge defizitär, d. h. es erfolge, aufgrund der geringen Schüler/innen-Zahlen, keine auskömmliche Zuweisung seitens des HKM. Der Unterricht werde aus eigenen Budgetstunden abgedeckt, was zusehend schwerer falle. Daher sei es geboten, diesen Schritt zu gehen und eine Bündelung herbeizuführen, da seine Schule dies ohne Stundenzuweisung künftig nicht mehr leisten könne.

Herr Dormagen (Gewerbliche Schulen Dillenburg) berichtet nochmals von dem Termin am 10.10.2022. Am Gesamtpaket sehe er keine Möglichkeit der Veränderung und es sei sinnvoll derzeit eine Standortkonzentration vorzunehmen.

Natürlich wünsche er sich, dass die Bestrebungen die Ausbildungszahlen zu steigern von Erfolg gekrönt seien. Zum derzeitigen Zeitpunkt scheine zur Rettung des Berufs für den Kreis allerdings die Zentralisierung am Standort Wetzlar unumgänglich.

Herr Diehl (Werner-von-Siemens-Schule Wetzlar) ergänzt, dass in Dillenburg aktuell keine Lehrerzuweisung erfolge. Wenn man mehrere derartige Konstellationen an einem Schulstandort habe, könne dies nicht mehr kompensiert werden (Aufbrauchen von Reserven). Sollte die Wirtschaft die Ausbildungszahlen nachhaltig steigern könne (z. B. die nächsten drei Schuljahre mind. 12 Zerspanungsmechaniker), könne der Schulträger ja den Standort in Dillenburg wieder reaktivieren. Aktuell seien dem Kreis und den ansässigen Berufsschulen Hausaufgaben gestellt worden und er bitte nicht einzelne Berufe herauszulösen.

Frau Benner (Theodor-Heuss-Schule Wetzlar) ergänzt nochmal hinsichtlich der Interessenlagen. Die Abdeckung der Ausbildungen für die Berufe, für die aufgrund der geringen Schülerzahl keine Zuweisung erfolge, bewege sich im Wochenumfang für die fünf Schulen bei 50-80 Stunden, die an anderer Stelle fehlen.

An einem Beispiel wird die Problematik verdeutlicht und dargestellt, dass die Stunden für die Förderung von schwächeren und stärkeren Schüler/innen fehlen. In den Vollzeitschulformen der beruflichen Schulen werden die Jugendlichen zur Ausbildungsreife geführt, sodass dies zur Deckung des Fachkräftebedarfs notwendig sei sich auch hier zu engagieren. Im Rahmen einer großen Gesprächsrunde im Hause der IHK wurde vor einigen Jahren die Problematik der sinkenden Schüler/innen-Zahlen thematisiert und auch die möglichen Konsequenzen aufgezeigt. Dies sei seinerzeit von den Instituten billigend in Kauf genommen worden. Es sei versucht worden, die Auszubildendenzahlen zu steigern, dies habe jedoch keinen Erfolg gezeigt. Ferner sei auch im SEP dargestellt worden, dass dann eine Konzentration erfolgen müsse.

Viele Banken haben durch strategische Entscheidungen Ausbildungsstandorte verlagert und hier zu der Verstärkung der Situation beigetragen. Die Problematik sei spätestens seit 2020 allen Beteiligten klar gewesen und es habe die Gelegenheit bestanden, diese zu lösen, was jedoch nicht erfolgt sei.

Herr Riedesel (Kaufmännische Schulen Dillenburg) unterstreicht die Ausführungen von Frau Benner. Es gab vor dem Projekt der zukunftsfähigen Berufsschule eine Mindestklassengröße von 15 Schüler/innen. Über Jahre hinweg bewegte sich die Klassengröße bei 14 und man habe versucht die Banken zum Erreichen der 15 Ausbildungsplätze zu bewegen, was nicht erfolgt sei.

Nach Absenkung des Faktors auf 12 seien nur 10 oder 11 Ausbildungsplätze besetzt worden. Eine Abstimmung mit den Instituten sei leider auch hier nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Über mehrere Jahre hinweg sei viel versucht worden, nun müssen Entscheidungen her.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt dar, dass eine Abwägung der Argumente erfolgen müsse und Entscheidungen zu treffen seien.

Landrat Schuster dankt allen Beteiligten für die Zusammenarbeit am Thema. Er bitte unter anderem die Vertreter der CDU-Fraktion um Aufmerksamkeit. Als Schulträger könne man Schulen bauen, sanieren und unterhalten. Aus seiner Sicht habe man dies an den beruflichen Schulen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sehr ordentlich gemacht. Für die Dezernenten und den Kreisausschuss haben die beruflichen Schulen einen hohen Stellenwert, allerdings könne der Kreis die Zuweisung von Lehrkräften und die Anmeldungen von Auszubildenden nicht regeln und man sei hier von Dritten abhängig. Gerade im Bankenwesen habe eine Konzentration stattgefunden, so habe sich die Volksbank Lahn-Dill in Marburg-Biedenkopf konzentriert und die Volksbank Mittelhessen sei in Gießen konzentriert. Aktuell gebe es im Kreisgebiet nur noch die Sparkassen Dillenburg und Wetzlar, die nicht so viel ausbilden können, dass die Auszubildenden an zwei Standorten beschult werden.

Hinsichtlich der Zerspanungsmechaniker führt Herr Landrat Schuster in Bezug auf das Schreiben von Herrn Dr. Hackenberg vom 22.03.2023 aus, dass die heimische Wirtschaft trotz drei Krisenjahren sich relativ stabil entwickelt habe. Im Jahre 2022 haben die IHK-Betriebe ein Umsatzplus von 13,6% und in Hessen von 5,6% erwirtschaftet. Insgesamt konzentriere sich im südlichen Lahn-Dill-Kreis die optische Industrie, wo sich hingegen im nördlichen Lahn-Dill-Kreis die s. g. „Werkbank Hessens“ konzentriere.

Man nehme die Anregungen der heimischen Wirtschaft ernst und tausche sich mit den Interessenvertretungen aus. Er spreche dem Schulleiter der Gewerblichen Schulen seinen Respekt aus, dass er sich aufgrund sinkender Ausbildungszahlen der Problematik stelle. Insgesamt gehe er davon aus, dass man langsam die Pandemie-Phase verlasse, die sicherlich auch zu rückläufigen Ausbildungszahlen geführt haben. Nun gelte es zu schauen, ob es sich um temporäre Effekte oder langfristige Entwicklungen handle. Einem Besuch bei dem Fördervereinsvorsitzenden der Gewerblichen Schulen (Udo Kretthauer) durch Herrn Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Danne und ihn sei erfolgt und man nehme zur Kenntnis, dass es Aktivitäten gebe im Beruf der Zerspanungsmechaniker seitens der heimischen Wirtschaft die Ausbildungsquote zu steigern. Es gebe auch Überlegungen ein großes Unternehmen aus Haiger davon zu überzeugen die Zerspanungsmechaniker-Ausbildung von der Berufsschule in Siegen nach Dillenburg zu verlagern.

Aktuelle empfehle der Landrat jedoch dennoch die Schulbezirkssatzung wie vorliegenden zu beschließen. Am 09.03.2023 habe er ein längeres Gespräch mit dem Hessischen Kultusminister, Herrn Dr. Alexander Lorz, geführt. In Bezug auf den Zerspanungsmechaniker sei vereinbart worden, dass, sofern es der heimischen Wirtschaft gelänge die Mindestzahl der Schüler/innen zu erreichen, dieser weiterhin am Standort Dillenburg beschult werden könne (Lehrerversorgung, etc.).

Es sei allerdings derzeit unklar, ob diese Mindestzahl erreicht werde und er rate hier dringend die Satzung zu beschließen. Das schlimmste was passieren könne, wäre ansonsten, dass der Beruf ansonsten gänzlich aus der Berufsschullandschaft im Kreis verschwinde.

Der Landrat appelliert an die Fraktionsvorsitzenden und teilt mit, dass, sofern die Mindestzahl erreicht werde, man sich kurzfristig zusammensetzen und die Satzung anpassen könne. Bei den Bankkaufleuten sehe er diese Perspektive nicht.

Er möchte erreichen, dass die Schulleitungen nicht mehr in die Not geraten aus ihrem Kontingent Stunden für die nicht auskömmlichen Berufe beizusteuern, was zu Lasten der Qualität gehe und vertraue auf die Firmen im nördlichen Lahn-Dill-Kreis und unterstütze die Bestrebungen, will allerdings nicht riskieren, dass durch hiesige Verzögerungen zentralisierte Entscheidung aus Wiesbaden getroffen werden. Bei der Chance auf eine Rückkehr der Zerspanungsmechaniker an den Standort Dillenburg, werde man dies natürlich auch nutzen.

Herr Mulch bezieht zu den Empfehlungen von Herrn Landrat Schuster Stellung. Frau Benner und die Vorredner sprachen vom Wohle für den Gesamtkreis und man müsse dies im Blick haben. Er vermute, dass es ein Strukturproblem gebe. Es gebe einen Nordkreis und einen Südkreis, was mit der Geburtsstation des Krankenhauses Dillenburg begonnen habe, setze sich nun in unseren Schulen fort. In einer Salamtaktik lasse man den Nordkreis als Standort langsam ausbluten. Herr Mulch habe sich die Präsentation angeschaut, Ziel sei es hiernach mindestens einen Standort im Lahn-Dill-Kreis zu sichern. Selbst dem schlichtesten Gemüt müsse klar sein, welcher Standort diese sein werde, der übrig bleibe. Es gehe fast ausschließlich um Geld, dieses Geld stehe eigentlich zur Verfügung, würde jedoch für andere Dinge verausgabt. Seine Fraktion wird sich jedem Bestreben widersetzen den Nordkreis weiter zu schwächen, daher werde die AfD-Fraktion dem Vorhaben nicht zustimmen.

Landrat Schuster wirft ein, dass er nichts anderes erwartet habe.

Herr Wagner möchte auch einige Bemerkungen machen. Er sei überrascht darüber, dass die Schulleitungen alle einer Meinung seien, eigentlich müssten diese, aus seiner Sicht „Konkurrenzunternehmen“ sein. In Richtung von Wahlkämpfen werde immer wieder propagiert, dass der ländliche Raum gestärkt werden solle, was hier nun stattfindet sei jedoch eine Schwächung des ländlichen Raumes. Der Vorredner habe dies erläutert, sodass hierzu auf eine weitere Darstellung verzichtet werde.

Bisher habe man in Deutschland das System des Föderalismus, nun gehe man in die Richtung des Zentralismus. Föderalismus bedeute, dass die Schulen um den besten Weg konkurrieren, hiermit sei man „gut gefahren“. Die August-Bebel-Schule streite z. B. mit der Eichendorffschule um den besten Weg, dies sei bisher der Weg gewesen, welchen man nun verlasse und Zentralismus begehe. Es sei niemals ernsthaft darüber nachgedacht worden, was Zusammenlegung bedeute. Ihm sei aus Nordrhein-Westfalen bekannt, dass man dort in kleineren Schulen die 1. u. 2. Klassen zusammengelegt haben und dies erfolgreich praktiziert werde, dies solle man auch bei den Berufsschulen überlegen, um den ländlichen Raum und das Konkurrenzsystem zu stärken.

Wichtig sei außerdem, auch im Zusammenhang mit den Ganztagschulen, der Dillenburger Schulleiter habe dies auch hier so gesagt, dass hier mit Geld- und Personalzuweisungen Politik gemacht werde. Dies sei furchtbar, wenn so agiert werde. Zu Herrn Landrat Schuster werde angemerkt, dass dieser ständig darstelle, dass man nur der Träger sei und nichts mit der inhaltlichen Thematik zu tun habe. In Wiesbaden, Brüssel, beim Bund, in Berlin seien es die gleichen Parteien, die das Sagen habe wie hier, er sehe zwischen CDU und SPD keinen Unterschied.

Herr Landrat Schuster könne sich als SPD-Mann nicht herausreden, dass man nur der Träger sei und nichts mit den Entscheidungen in Wiesbaden zu tun habe. Die AfD werde nicht zustimmen und sei auf der Seite der Schüler.

Herr Brockhoff dankt der Schulverwaltung und den Schulleitungen sowie dem Schulamt für die hervorragende Arbeit. Es sei nicht üblich, dass die fünf Schulen zu einer Entscheidung und einer Meinung kommen und dies im Einklang geschehe. Es sei bewusst, dass es für jede Schule, jeden Kollegen schlecht sei, wenn Berufe und Azubis verloren gehen. Es sollte dennoch jedem, mit Ausnahme der AfD, klar sein, dass nicht bevorzugt werde, dem Nordkreis „an den Kragen“ zu gehen. Die Vermutungen der AfD grenzten schon an Verschwörungserzählungen und dies tue weh. Man sei weit davon entfernt den ländlichen Raum oder den Nordkreis ausbluten lassen zu wollen. Es werde versprochen, dass keine Vendetta gegen den Nordkreis geplant sei sondern genau das Gegenteil der Fall sei und man versuche mit den vorgesehenen Maßnahmen Berufe für den Kreis zu sichern. Man könne über die Vorgaben (12 Schüler/innen pro Klasse, nur ein Standort im Kreis) wettern, dies helfe aktuell in der derzeitigen Situation wenig. Die Zahlen seien vorgelegt worden und bei den Zerspanungsmechanikern sehe man seit 2019, dass diese immer unter 12 Schüler/innen pro Klasse in Dillenburg geblieben seien. Ferner sehe man bei den Frisören, dass mind. seit 2017 weniger als 12 Azubis im 1. Lehrjahr ausgebildet werden, dies reiche nicht. Die Beteiligten haben sich positioniert und sprechen für ihre Schulen und bitten zumindest einen Standort im und für den Kreis zu sichern. Herr Brockhoff unterstütze den Vorschlag von Herrn Schuster ausdrücklich, wenn die Betriebe es schaffen mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen. Das Interesse sei einen starken Berufsschulstandort im Lahn-Dill-Kreis aufrechtzuerhalten. Andere Schulträger hätten andere Konstellationen und hätten anstatt fünf nur z. B. zwei Berufsschulstandorte. Er unterstütze die Beschlussfassung und es sei besser einen statt keinen Standort zu erhalten, was drohe, wenn jetzt keine Beschlussfassung erfolge.

Herr Hundertmark dankt für die Ausführungen der Beteiligten. Er glaube, dass hier ein Prozess, der zumindest in der Vergangenheit nicht üblich gewesen sei, erfolgreich umgesetzt werde. Er vermute, dass Herr Wagner aus vorgenannten Gründen irritiert sei und begrüße, dass man sich weiterentwickle und Prozesse sich auch weiterentwickle.

Wenn alle Betroffenen mit Blick auf den Schulstandort Lahn-Dill etwas aushandeln, sollte dies unterstützt werden. Man meine mit zwei Schulstandorten nicht Dillenburg und Wetzlar, sondern zwei Schulen, die denselben Beruf ausbilden, was den Lahn-Dill-Kreis von anderen Schulträgern im Lande unterscheide. Man leiste sich zwei Schulstandorte an denen sich deckende Ausbildungsberufe angeboten und beschult werden, dies sei eine gewisse Luxussituation.

Er verstehe, dass man es kritisch sehe, wenn junge Menschen ohne Führerschein aus dem nördlichen Kreisgebiet in das südliche Kreisgebiet fahren müssen oder umgekehrt, da man jedoch schon Berufe habe, bei denen diese Praxis seit Jahren praktiziert werde, verwundere, dass bisher niemand gefordert habe z. B. med.-technische Assistenten anstatt an einem an zwei Standorten auszubilden. Es gehe insgesamt um den Schulstandort „Lahn-Dill“. Die Galvaniseure fahren nach Solingen, Versicherungskaufleute fahren nach Frankfurt/M. – dies werde passieren, wenn wir weiterhin an nicht auskömmlichen Schülerzahlen festhalten und es bestehe insgesamt die Gefahr, dass einzelne Ausbildungsberufe in andere Schulträgerbereiche abwandern. Sogwirkung bestehe aus Biedenkopf, Gießen und Siegen, hier gelte es nach außen zu dokumentieren die duale Ausbildung zur Verminderung des Fachkräftemangels zu stärken und als Lahn-Dill-Kreis nicht gegenüber anderen Schulträgern geschwächt zu werden. Aus den Reihen der Schulleitungen sei ja benannt worden, dass andere Schulträger in Richtung Bezirks- und Landesfachklassen erheblich weiter seien (Jahre/Monate). Die Schulleitungen kämpften jedoch darum Bezirks- und Landesfachklassen in den Kreis zu holen.

An Herrn Wagner gerichtet, werde dargestellt, dass er die Welt nicht mehr verstehe, wenn Pädagogen, die jahrelang unterrichtet haben, solche Ausführungen, welche mit der Berufsschule und der derzeitigen Situation nichts zu tun haben, treffen. Er sei normalerweise dazu geneigt Informationen anzubieten, hier sei allerdings „Hopfen und Malz“ verloren. Herr Wagner trage Föderalismus und Zentralismus nach außen und er wisse nicht, ob dies an dieser Stelle zutreffe, wenn man über die Organisation von Schulen spreche. Auch verstehe er nicht, wenn Herr Mulch sage man lasse Dillenburg ausbluten. Herr Mulch wirft ein, dass der Nordkreis gemeint sei. Herr Hundertmark frage sich an welcher Stelle dies festgemacht werde. Wenn man die Zahlen aufmerksam betrachtet hätte, könne man wissen, dass die Schulen im Südkreis mehr Schüler/innen in den Nordkreis abgeben als umgekehrt, dies gehöre zur Wahrheit dazu.

Es werde sich auf die Zerspanungsmechaniker kapriziert und bei den DEHOGA-Berufen sowie den Frisören erfolge dies nicht. Bei den Zerspanungsmechanikern gebe es eine entsprechende Lobby, dieser Beruf sei extrem wichtig und man müsse, wenn man diesen Beruf im Kreis halten wolle, auch die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. So brauche man eine Schule, eine Ausstattung, die mit Investitionen verbunden sei, man benötige aber auch eine IHK, hier werde Herr Dr. Hackenberg beim Wort genommen, die Betriebe habe, die Azubis einstellen. Die Vorredner und auch Herr Landrat haben zugesagt, dass man im Protokoll festhalte, dass, sobald im Nordkreis die Zerspanungsmechaniker wieder eine Klassenstärke aufweisen, wieder am Standort Dillenburg eine entsprechende Klasse aufgenommen werde. Frau Benner habe auch bereits erwähnt, dass man einen gültigen SEP habe, wo losgelöst von dem Projekt zukunftsfähige Berufsschule festgeschrieben worden sei, was mit den z. B. Frisören passiert, wenn am Standort Dillenburg die Schülerzahlen sinken. Seit fünf Jahren sei hier bekannt, dass bei Unterschreitung der Mindestklassengröße dann eine Beschulung in Wetzlar stattfinde.

Heute habe man eine gut vorbereitete Vorlage erhalten, die in dem Wissen der Einbindung der Schulleitungen und des Schulträgers erfolgt sei. Hier sei es eigentlich ein Frevel zu behaupten, dass man erst durch die Vorlage über die Situation wisse. Die, die jetzt mit den Fingern zeigen und behaupten, dass Sie erst jetzt Kenntnis erlangt haben und ein Moratorium einfordern haben jedoch ihre Hausaufgaben nicht gemacht, da ansonsten alle Zahlen und Fakten bekannt seien.

Mit der Protokollnotiz des Landrats müsse die Satzung beschlossen werden, damit der Lahn-Dill-Kreis nicht der Verlierer gegenüber allen anderen Schulträgern in Hessen werde.

Herr Landrat Schuster dankt Herrn Hundertmark für seinen Beitrag. Er habe den Kultusminister nicht falsch, sondern nicht vollständig zitiert und stelle dar, dass Herr Dr. Lorz zu dem Prozess gesagt habe, dass der Prozess, der im Lahn-Dill-Kreis stattgefunden habe, für Hessen vorbildlich sei. Fünf Schulen, Staatliches Schulamt, Schulträger, IHK, Handel und Handwerk haben in einem Prozess zusammengearbeitet, was Mut mache die künftigen Veränderungsprozesse gemeinsam zu gestalten. Wenn man sich nicht bewege werde man verändert. Kollege Esch werde einen Vorschlag zur Formulierung für das Protokoll unterbreiten.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt, dass es Vorlaufzeiten für die Schülerzahlen gebe. Derzeit sei man natürlich auch mit anderen Landkreisen und dem SSA im Gespräch. Diese Gespräche seien aber nicht ausschließlich auf den Schulamtsbezirk beschränkt und es werden verschiedene Berufsgruppen in einem kontinuierlichen Prozess „abgeklopft“. In den Vereinbarungen zwischen Herrn Dormagen und Frau Lehr sei z. B. auch eine Formulierung enthalten, dass, wenn sich die Schülerzahlen ändere, dies so gewünscht sei und es keine Einbahnstraße werde. Eine Ausnahme sei jedoch vorhanden, wenn Berufe gänzlich aus dem Kreis verschwinden, dann sei man nicht mehr in der Lage hier aktiv tätig zu werden (Schulbezirkssatzung). Natürlich sei man interessiert möglichst kurze Wege für die Auszubildenden zu den Schulstandorten zu haben.

Eine Ergänzung des Protokolls könne wie folgt lauten:

Sollte eine auskömmliche Zahl an Zerspanungsmechaniker-Azubildenden für die Gewerblichen Schulen Dillenburg erreicht werden, soll die Schulbezirkssatzung erneut zur Entscheidung vorgelegt und geändert werden.

Sofern die Beteiligten damit einverstanden wären, wäre dies so und würde auch für andere Berufszweige gelten.

Herr Diehl macht einen Ergänzungsvorschlag und bittet die Formulierung dahingehend zu verändern, dass diese „sollte nachhaltig eine auskömmliche Zahl...“ lautet.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch greift diesen Vorschlag auf und ergänzt dies in der Formulierung.

Frau Petersen stellt dar, das nachhaltig bedeute, dass dies über Jahre beobachtet werden müsse.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch vermutet, dass dieser Begriff aus dem Programm stamme, was Herr Diehl durch einen Einwurf verneint. Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch bittet die ursprüngliche Formulierung zu verwenden, da dies Intention aller sei, was Herr Dr. Hackenberg begrüße.

Herr Böcher informiert, dass das wichtigste ja bereits gesagt worden sei. Das oberste Ziel im SEP sei gewesen immer mindestens einen Standort für die Berufe im Kreis zu erhalten, was im Sinne des Vorschlags von Herrn Landrat Schuster und Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Esch gelinge. Es werde allen Beteiligten gedankt und als gesamter Kreis könne die Zusammenarbeit gut funktionieren, wenn es um die Sache gehe - hier unterscheide man sich von Herrn Wagner und Herrn Mulch. Es sei ein sehr starkes Signal, wenn man die Vorlage über Koalitions- und Fraktionsgrenzen hinweg beschließe und im Sinne des Kompromissvorschlags verfare.

Herr Berns dankt den Beteiligten. Im Besonderen dankt er Herrn Diehl für seinen „Türöffner-Beitrag“, der das gute Einvernehmen zeige. Die angestrebte Lösung sei eine gute Lösung, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werde.

Er hoffe, dass die Zusage des Landes, sofern sich die Zahlen besser entwickeln, auch eingehalten werden. Er stimme Herrn Hundertmark zu 90% zu, allerdings sei es kein Luxus fünf Berufsschulen im Kreis zu haben, so gebe es durchaus Klassen die voll ausgelastet seien. Es mache Sinn die derzeitige Landschaft aufrecht zu erhalten und man wolle keine Monostruktur wie in Limburg-Weilburg und man solle die Vielfalt erhalten. Als Besonderheit bei den gefährdeten Berufen werde am Beispiel der Frisöre dargestellt, dass diese über die vergangenen zwei bis drei Jahre annähernd Berufsverbot hatten und als Einzelkämpfer ihre Salons nicht öffnen konnten. Viele seien an ihr Erspartes herangegangen und da sei es logisch, dass man dann nicht in Ausbildungsplätze investiere. Wenn man sich die Zahlen ansehe, stelle man fest, dass in Wetzlar vier und in Dillenburg fünf Azubis im ersten Ausbildungsjahr beschult werden, was die erste „gelbe Karte“ für beide Standorte sei - hier müsse man sagen, dass es hier nicht anders gehe.

Eine ähnliche Situation gebe es bei den s. g. DEHOGA-Berufen, die auch durch die Pandemie in Schwierigkeiten geraten seien (Notbetrieb, Schließung), was logischerweise auch zu weniger Ausbildungsplätzen geführt habe. Hingegen sei es nicht nachvollziehbar, dass bei den Zerspanungsmechanikern in Wetzlar im Jahre 2020 insgesamt 20 junge Menschen eine Ausbildung begonnen haben und in Dillenburg nur zwei, was nicht mit der Pandemie zu begründen sei. Hier solle Herr Dr. Hackenberg die Unterschiede ermitteln, damit man nicht mehr in eine derartige Falle laufe, wenn es gelinge in diesem Jahr auch in Dillenburg die Soll-Klassenstärke zu erreichen.

In Richtung des Landes werde angemerkt, dass die Senkung der minimal notwendigen Klassengröße von 15 auf 12 positiv sei. Im zweiten Ausbildungsjahr seien dies dann neun, im dritten acht und im vierten nur noch fünf (Ausbildungsabbrecher, Umzug). Mit zwei Berufsschulstandorten im Kreis (pro Beruf) stelle die Soll-Klassengröße im ersten Ausbildungsjahr eine Hürde dar, hier wäre eine Veränderung wünschenswert. Insgesamt sei er mit der Vorlage und der Ergänzung sehr zufrieden, was den Schulstandort und den Wirtschaftsstandort stärke. Die Auszubildenden, die jetzt nicht in Dillenburg ausgebildet werden können, werden auch nicht in fünf Jahren aus Solms nach Haiger fahren um dort zu arbeiten – dem Entwurf werde zugestimmt.

Herr Engel fasst zusammen, dass man sich einig sei möglichst viel Schule vor-Ort zu erhalten und der Prozess der Satzung werde als sensationell angesehen (transparent, Zusammenarbeit, Verzicht). Die Satzung sei zielführend und man sei entgegen der Auffassung von Herrn Mulch an einer Standortsicherung und nicht am Ausbluten interessiert. Die Berufsschule sei die in der öffentlichen Wahrnehmung am meisten unterschätzte Schulform, da sie für die Weiterbildung (mittlere Reife, Berufsfachschule, berufliches Gymnasium) wichtig sei. Berufsschule heiße nicht nur Ausbildung und biete Schüler/innen die in der bisherigen Schullaufbahn Probleme hatten die Chance zu Schulabschlüssen zu gelangen und einen beruflichen Weg einzuschlagen. Bei einem schwierigen Thema gebe es natürlich Dissonanzen, allerdings sei die Bezirkssatzung nach bestem Wissen und Gewissen gestaltet worden und werde dazu dienen, dass an allen Standorten die Berufsschule mit kleinen und schmerzhaften Veränderungen erhalten werden können.

Herr Ludwig dankt für den Prozess und dessen Qualität und signalisiert Zustimmung. Natürlich seien auch emotional belastete Entscheidungen zu treffen, allerdings sei der Umgang angemessen. Die Suggestion von möglichem Handlungsspielraum durch die AfD werde als unredlich betrachtet.

Herr Sitte dankt den Beteiligten und signalisiert Zustimmung. Es sei jedoch traurig, dass Unterricht und Kurse teilweise nur funktioniert haben, weil eine Querfinanzierung erfolgt sei und es hier am Geld scheitere. Es ärgere ihn, wenn der Kultusminister die Arbeit lobe, diese aber nur eine Notgeburt darstelle, weil der Bildungsbetrieb wirtschaftlich betrachtet werde. Rot-Gelb gehöre in den Fußball oder in andere Sportarten aber nicht in die Ausbildung.

Mit Blick auf den ÖPNV müsse man sich fragen wie dies zu bewältigen sei und er könne auch die Haltung des Publikums nachvollziehen, sodass die Zustimmung mit einem weinenden Auge erfolge. Er könne nachvollziehen, dass der ein oder andere mit den zu treffenden Entscheidungen nicht glücklich sei.

Herr Dr. Hackenberg erkundigt sich, ob er richtig verstanden habe, dass wenn es zum 01.08. zwölf eingetragene Ausbildungsverhältnisse im Dillenburger Raum gebe, diese dann am Standort Gewerbliche Schulen Dillenburg beschult werden können.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet hierzu, dass dies frühestens dann zum 01.08.2024 wieder möglich sei, sofern die Satzung so wie vorliegend beschlossen werde. Dies sei darin begründet, dass die Entscheidung für eine ab 01.08.2023 gültige Satzung getroffen werden solle, die auf der jetzigen Datengrundlage beruhe.

Herr Prof. Dr. Danne habe den Eindruck, dass der Gordische-Knoten politisch gelöst worden sei und er sei hierüber als Wirtschaftsförderer sehr froh. Zum einen stelle er fest, dass der Pakt der Beteiligten halte und andererseits in Richtung der IHK die Vereinbarung zwischen Landrat und Kultusminister tragfähig sei, da ja die Möglichkeit des Neustarts bestehe. Fakt sei, dass die zwölf Auszubildenden nicht erreicht seien (derzeit sieben). Ihm sei aber bekannt, dass die Wirtschaft einen Neustart in 2024/25 begrüßen würde.

Herr Mulch dankt für die Worterteilung und stellt in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Berns, wonach dieser zweimal die Möglichkeit hatte an Veranstaltungen in der Werner-von-Siemens-Schule in Wetzlar teilzunehmen, ab. Hier sei erwähnt worden, dass dort auch die Fraktionsvorsitzenden geladen gewesen seien - die AfD sei jedoch nicht eingeladen worden. Bei der herrschenden Übereinstimmung könne er sich den Grund vorstellen, warum seine Fraktion nicht eingeladen worden sei. Kritische Stimmen seien nicht gewünscht worden. Die Mail von Herrn Diehl sei über das Büro von Herrn Esch verteilt worden und es sei bedauerlich, wenn eine Fraktion, die immerhin eine große Oppositionspartei sei, bei einer solchen Veranstaltung nicht eingeladen werde.

Herr Zborschil erklärt, dass er bei den Wortbeiträgen des Herrn Mulch körperliche Schmerzen verspüre. Herr Sitte habe inhaltlich alles vorweggenommen, dennoch wolle er ein Lob an die Ausschussvorsitzende und den Dezernenten aussprechen, dass es so problemlos möglich sei die Fachleute anzuhören, was in anderen Ausschüssen (Herr Rauber/SPD-Fraktion) nicht so der Fall sei.

Herr Irmer erkundigt sich hinsichtlich der Nachfrage von Herrn Dr. Hackenberg. Derzeit gebe es sieben Ausbildungsverhältnisse. Man sei derzeit in der Lage auf den Mond zu fliegen, daher müsse man auch in der Lage sein, wenn die Wirtschaft es schafft in den nächsten 6-8 Wochen noch fünf weitere Ausbildungsplätze zu schaffen, den Standort über eine Protokollnotiz zu erhalten. Sollte dies nicht erreicht werden, könne dies zum 01.08.2024 erfolgen. Wenn die Plätze noch geschaffen werden, sollte man sich die Freiheit erhalten dies auch zu tun.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt dar, dass dies auf die Schwierigkeit stoße, dass der Kreis nicht Herr des Verfahrens sei und eine Genehmigung, nach Stellungnahme durch das SSA (Einwurf durch Frau Rhode), durch das HKM erfolgen müsse. Die Änderung der Schulbezirkssatzung aus dem vergangenen Juli sei vor einer Woche genehmigt worden. Der Vorschlag sei praktikabel und gut, allerdings nicht durchführbar. Sofern die Zahlen erreicht werden, werde dennoch versucht dies zu erreichen.

Herr Mulch stellt dar, dass es sich bei dem Vorgang um keine Petitesse handele. Seine Fraktion werde prüfen, welche Auswirkungen dies auf die Beschlussfassung am Montag habe. Ferner bittet er Herrn Diehl um Auskunft, warum er die AfD nicht eingeladen habe.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt Herrn Diehl frei zu antworten, worauf dieser verzichtet. Er fasst den Beschluss zusammen und empfiehlt diesen mit der Maßgabe zu empfehlen:

Sollte eine auskömmliche Zahl an Zerpanungsmechaniker-Auszubildenden für die Gewerblichen Schulen Dillenburg erreicht werden, soll die Schulbezirkssatzung erneut zur Entscheidung vorgelegt und geändert werden.

Er erkläre sich bereit, dass er, sofern entsprechende Ausbildungszahlen erreicht werden, versuchen wolle mit dem Ministerium eine Lösung herbeizuführen, könne dies allerdings nicht versprechen.

Vorsitzende Lefèvre bringt den TOP zur Abstimmung und leitet im Anschluss zu TOP 2 über.

Beschluss:

Der Bildungsausschuss beschließt die Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Berufsschulen im Lahn-Dill-Kreis vom 7. Februar 2011, zuletzt geändert am 22. Februar 2021 (Anlagen 1 und 2).

Sollte eine auskömmliche Zahl Zerpanungsmechaniker-Auszubildenden für die Gewerblichen Schulen Dillenburg erreicht werden, soll die Schulbezirkssatzung erneut zur Entscheidung vorgelegt und geändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür - 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Zu TOP 2.

Verschiedenes

Herr Böcher möchte von Frau Weber wissen, wann die Fassadenerneuerung an der Lahntalschule Lahnau begonnen werde.

Frau Weber informiert, dass der Architekt beauftragt sei und sie sich erkundigen werde, wann die Arbeiten beginnen.

Frau Green fragt hinsichtlich des Pilotversuchs zu Menstruationsprodukten nach und möchte wissen, wie hier die weitere Planung aussehe.

Erster Kreisbeigeordneter Esch berichtet von einem vorläufigen Ergebnis. An den weiterführenden Schulen gebe es ein Interesse, an den Grundschulen eher nicht. Im Rahmen einer Willensbekundung der weiterführenden Schulen sei signalisiert worden, die Produkte nur an einer Stelle anzubieten. Derzeit laufe die Planung die Schulen entsprechend auszustatten. Parallel habe ein Austausch mit dem Kreisschülerrat stattgefunden und nach Abstimmung solle ein Vorschlag unterbreitet werden.

Herr Zborschil fragt nach kurzer Abwesenheit zum gleichen Thema nach und wird unterrichtet, dass dieses gerade besprochen worden sei.

Erster Kreisbeigeordneter Esch fasst seine Ausführungen zusammen und signalisiert das Thema in den nächsten drei Monaten abschließen zu wollen.

Vorsitzende Lefèvre bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Wetzlar, 22.03.2023

gez.

Christa Lefèvre
Vorsitzende

Stefan Nitsch
Schriftführer